

Grottkauer Kreisblatt

Stüd 52

Grottkau, den 28. Dezember 1935

Jahrg. 1935

Erscheinungsweise: Erscheint wöchentlich einmal. Bezugspreis für den Monat 35 Pfg. Einzelnummern sind in der Buchhandlung Ring 1, Grottkau erhältlich. Fernsprecher 84. Postcheckkonto Breslau 20416.

307.

Das 1. Bataillon des Infanterie-Regiments Nr. 28 in Neisse hält am 17., 21., 22., 23. und 24. Januar 1936 in der Zeit von täglich 8 bis 15 Uhr im Raume zwischen Groß-Neundorf, Riemertsheide, Nieder-Teutrig, Lassoth, Hennersdorf, Mogwitz, Waldorf ein Gefechtschießen mit scharfer Munition ab.

Das Schießgelände ist durch Posten abgesperrt. Es wird nördlich vom Wege Mogwitz-Hennersdorf — dieser Weg ausschließlich — begrenzt. Die nördlichsten Posten stehen am Wege Bösdorf-Hennersdorf.

Sämtliche im Kreise Grottkau im vorbezeichneten Raume führenden Wege und das Gelände nördlich des Weges Bösdorf-Hennersdorf bis südlich des Weges Weges Mogwitz-Hennersdorf werden für den 17., 21., 22., 23. und 24. Januar 1936 für jeden Verkehr in der Zeit von 8 bis 15 Uhr gesperrt.

Das Betreten des abgesperrten Geländeabschnittes ist mit Lebensgefahr verbunden.

Grottkau, den 19. Dezember 1935.

Der Landrat.
Dr. Jüttner.

308.

Betrifft: Erhebung der Anbauflächen von Wintergetreide und Winterölsrüchten.

Den Herren Bürgermeistern sind die Erhebungsvordrucke zugegangen. Die Anleitung für die Ermittlung der Anbauflächen ist auf dem weißen Fragebogen abgedruckt. Der weiße Fragebogen bleibt im Besitz der Ortsbehörden. Die Rücksendung des sorgfältig ausgefüllten und vorschriftsmäßig unterschriebenen grünen Fragebogens hat umgehend zu erfolgen.

Grottkau, den 27. Dezember 1935.

Der Landrat.
Dr. Jüttner.

309.

Wandergewerbebesteuerstrafsachen.

RdErl. d. PrGM. zugleich im Namen des RuPrMdJ. vom 19. 11. 1935 — S 3305/26. 10. 35 und III E 4405 III/35.

(1) Durch die nachstehend abgedruckte AV. d. RZM. v. 15. 10. 1935 — II a 16240 (Dt. Justiz S. 1511) ist die mit unserem RdErl. v. 25. 7. 1934 (SMBl. S. 94, MBlW. S. 1001) bekanntgegebene AV. d. PrGM. v. 5. 7. 1934 wieder aufgehoben worden. Für die Behandlung der Straffälle gilt nunmehr die im Abs. 3 der AV. v. 15. 10. 1935 vorgesehene Regelung.

(2) Den Ortspolizeibehörden obliegt also, wie schon früher, die Straffälle und die Verhältnisse der Beschuldigten näher festzustellen. Im Interesse der Geschäftserleichterung werden die Ortspolizeibehörden hiermit allgemein angewiesen, für die Folge die Uebertretun-

gen nach § 148 Abs. 2 und § 149 Abs. 2 GewO. grundsätzlich durch polizeiliche Strafverfügung zu ahnden. Anschließend haben sie wegen der Steuerzuwiderhandlung dem Regierungspräsidenten unter Beifügung der entstandenen Verhandlungen in der bisher üblichen Weise zu berichten.

An die Reg.-Präs., den Präs. der Pr. Bau- und SinDir., die Landräte und alle Pol.-Behörden. — MBlW. S. 1447.

Anlage.

Wandergewerbebesteuerstrafsachen.

AV. d. RZM. v. 15. 10. 1935 — II a 16240
(Dt. Justiz S. 1511).

(1) Die Aenderung des § 148 Abs. 2, § 149 Abs. 2 der GewO. durch Art. II Nr. 3 des Ges. zum Schutz des Einzelhandels v. 12. 5. 1933 (RGBl. I S. 262) hat hinsichtlich des in Preußen bei der Verfolgung von Wandergewerbebesteuerstrafsachen einzuschlagend. Verfahrens in der Praxis der Strafverfolgungsbehörden gewisse Schwierigkeiten hervorgerufen. Die AV. d. PrGM. v. 5. 7. 1934 (Dt. Justiz S. 861) bezweckte, diese Schwierigkeiten nach Möglichkeit zu umgehen. Das daselbst angeordnete Verfahren, wonach die Justizbehörden in allen Fällen mit Strafsachen der in Rede stehenden Art befaßt werden sollen, führte indessen zu einer nicht unerheblichen Vermehrung des Schriftwechsels, insbesondere deshalb, weil erfahrungsgemäß in der Mehrzahl der Fälle mit der Uebertretung der GewO. und der Zuwiderhandlung gegen das preuß. Gesetz, betr. die Besteuerung des Gewerbebetriebes im Umherziehen v. 3. 7. 1876 (GS. S. 247), auch Vergehen gegen die Reichsabgabenordnung in Tateinheit zusammentreffen und dann auch noch die Finanzbehörden mit der Sache befaßt werden müssen. Die erstrebte Vereinfachung des Geschäftsgangs bei den Strafverfolgungsbehörden ist somit durch die genannte AV. nicht in dem wünschenswerten Maße erreicht worden.

(2) Ueber das Verfahren bei der Verfolgung von Wandergewerbebesteuerstrafsachen bestimme ich daher unter Aufhebung der AV. d. PrGM. vom 5. 7. 1934 im Einvernehmen mit dem RuPrMdJ. und dem RuPrWm., mit dem RZM. und dem PrGM. folgendes:

(3) Die bei Wandergewerbebesteuerstrafsachen vorliegenden Uebertretungen nach § 148 Abs. 2, § 149 Abs. 2 GewO. werden in Zukunft grundsätzlich von den Ortspol.-Behörden durch polizeiliche Strafverfügung geahndet werden. Der RuPrMdJ. wird die Pol.-Behörden anweisen, von ihrer Strafbefugnis in den genannten Fällen allgemein Gebrauch zu machen und nach Rechtskraft der polizeilichen Strafverfügung die Vorgänge an den Regierungspräsidenten zur weiteren Veranlassung zu übersenden, der sich, soweit erforderlich, mit dem Finanzamt ins Benehmen setzt. In den-

jenigen Fällen, in denen Anzeigen über Wandergewerbebesteuerstrafsachen bei den Strafverfolgungsbehörden unmittelbar eingehen, haben diese wegen der Uebertretung der GewO. den Erlaß eines amtsrichterlichen Strafbefehls zu beantragen; nach rechtskräftigem Abschluß des Verfahrens hat die Vollstreckungsbehörde die Vorgänge an den Reg.-Präs. zwecks Festsetzung der Nachsteuer und zur weiteren Veranlassung weiterzuleiten. Um den Beschuldigten nicht in den irrigen Glauben zu versetzen, als sei durch den amtsrichterlichen Strafbefehl die Tat bereits in vollem Umfange abgegolten, empfiehlt es sich, in den Strafbefehl einen Hinweis etwa folgenden Inhalts aufzunehmen:

„Die gegen Sie festgesetzte Strafe bezieht sich ausschließlich auf die Uebertretung der Gewerbeordnung. Für den Fall, daß Sie sich gleichzeitig einer Zuwiderhandlung gegen die Steuergesetze schuldig gemacht haben sollten, bleibt Ihre Strafbarkeit nach diesen Gesetzen unberührt.“

Veröffentlicht.

Die Gendarmeriebeamten weise ich an, künftig festgestellte Wandergewerbeübertretungen zunächst der zuständigen Ortspolizeibehörde direkt vorzulegen.

Die Ortspolizeibehörden sind nach dem vorstehenden Erlaß vom 19. 11. cr. verpflichtet, die Straffälle und

die Verhältnisse der Beschuldigten näher festzustellen und darauf die festgestellten Uebertretungen im Wege der polizeilichen Strafverfügung zu ahnden, soweit § 148 und § 149 der Reichsgewerbeordnung in Frage kommt.

Zum Erlaß der Strafverfügung sind die üblichen gedruckten Formulare zu verwenden. Die Zustellung der Strafverfügung hat mit Behändigungsschein bezw. Zustellungsurkunde zu erfolgen. Diese Unterlage ist zum Vorgang zu nehmen, desgleichen eine Abschrift der Strafverfügung.

In die Strafverfügung ist auch der vorgenannte Hinweis aufzunehmen, daß sich die Strafe ausschließlich auf die Uebertretung der Gewerbeordnung bezieht, usw.

Anschließend sind die Vorgänge, soweit es sich um Fälle handelt, die gleichzeitig wegen Zuwiderhandlung gegen die Steuergesetze zu verfolgen sind, mit eingehendem Bericht dem Herrn Regierungspräsidenten durch meine Hand unter Beifügung der entstandenen Verhandlungen zur Festsetzung der Nachsteuer und weiteren Veranlassung weiter zu leiten.

Grottkau, den 17. Dezember 1935.

Der Landrat.

Dr. Jüttner.



Landwirtschaftliche

Formulare

sind vorrätig in der

Buchhandlung Menzel

Grottkau, Ring 1.